

Teilhabe ist ein Menschen-Recht

Selbstbestimmung verteidigen.

Rückschritte stoppen.

Das fordern:

Die Zentren für Selbstbestimmtes Leben (ZsL) und

die Interessen-Vertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e. V. (ISL)

Teilhabe ist ein Menschen-Recht

Menschen mit Behinderungen haben Rechte:

- Auf Selbstbestimmung
- Auf Teilhabe

Niemand kann die Rechte verlieren.

Die Rechte gelten für immer.

Das steht in den Gesetzen:

- In der UN-Behinderten-Rechts-Konvention.

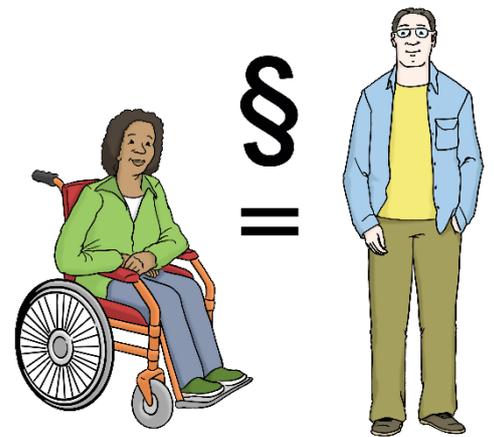
UN ist ein Zusammenschluss von mehreren Ländern.

Eine **Konvention** ist eine Vereinbarung.

- Im Grundgesetz, Artikel 3, Absatz 3, Satz 2

Dort steht:

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.



Es gibt noch ein Gesetz:
Das Bundes-Teilhabe-Gesetz.
Die Abkürzung ist **BTHG**.
Das BTHG erklärt,
wie die Rechte in die Tat umgesetzt werden.
Die Politiker und Politikerinnen sagen:
Wir schaffen mehr Teilhabe
mit dem BTHG.

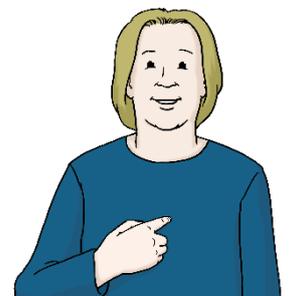
Teilhabe ist in Gefahr

Früher gab es Fürsorge.
Menschen mit Behinderungen lebten in extra Bereichen.
Sie wurden in Sonderschulen und Werkstätten untergebracht.
Sie haben in Einrichtungen gewohnt.
Fachleute haben entschieden,
was am besten ist.
Aber:
Niemand hat den Menschen mit Behinderung gefragt,
was er möchte.



Bei Teilhabe dürfen Menschen mit Behinderungen selbst entscheiden.
Die Wünsche und Fähigkeiten sind wichtig.
Die Menschen mit Behinderungen bekommen Unterstützung.
Damit sie überall mitmachen können.

Teilhabe kostet Geld.
Teilhabe braucht Kraft.
Darum fordern manche Politiker und Politikerinnen
die Rückkehr zur Fürsorge.



Zuerst wollten rechtsextreme Menschen Teilhabe abschaffen.

Rechtsextrem ist eine politische Meinung.

Rechtsextreme Menschen sind gegen Vielfalt.

Rechtsextreme glauben,

dass Menschen unterschiedlich viel wert sind.

Immer mehr Politiker und Politikerinnen wollen zurück zur Fürsorge.

Zum Beispiel:

- Der Politiker Boris Palmer
- Der Bundeskanzler Friedrich Merz

Die Politiker und Politikerinnen sagen:

Wir wollen weniger Bürokratie.

Bürokratie heißt:

Es gibt viele Regeln und Formulare.

Die Politiker und Politikerinnen sagen:

Die Regeln sollen einfacher werden.

Aber in Wirklichkeit wollen die Politiker und Politikerinnen

Geld sparen.



Gibt es einfache Lösungen?

Rechtsextreme Politiker und Politikerinnen sagen:

Es ist ganz einfach.

Teilhabe ist zu teuer.

Menschen mit Behinderungen bekommen zu viele Leistungen.

Leistung ist ein Sammelbegriff für Förder-Geld.

Zum Beispiel für Kurse.

Oder eine Assistenz.

Die Politiker und Politikerinnen wollen Leistungen kürzen.

Wir sagen:

So einfach ist es **nicht**.

Die Leistungen sind **nicht** zu teuer.

Die Verwaltung ist zu teuer.

Die Menschen mit Behinderung sind **nicht** schuld.



Teilhabe ist kein Luxus.

Teilhabe ist ein Menschen-Recht.

Die Diskussion über Geld ist falsch.

Denn viel wichtiger ist:

Teilhabe ist ein Menschen-Recht.

Das Bundes-Teilhabe-Gesetz setzt die Menschen-Rechte in die Tat um.

Im Bundes-Teilhabe-Gesetz steht zum Beispiel:

- Menschen dürfen selbstbestimmt leben, lernen und arbeiten.

Sie müssen **nicht** in extra Bereichen untergebracht werden, wenn sie **nicht** wollen.

Zum Beispiel in einer Sonderschule oder Werkstatt.

- Wichtig ist:

Was will der einzelne Mensch?

Welchen Bedarf hat der Mensch mit Behinderung?



Ist eine Person gegen diese Forderungen?

Dann verstößt die Person gegen die Menschen-Rechte.

Welche Menschen-Rechte sind in Gefahr?

In der UN-Behinderten-Rechts-Konvention stehen die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Deutschland hat die Rechte bestätigt.

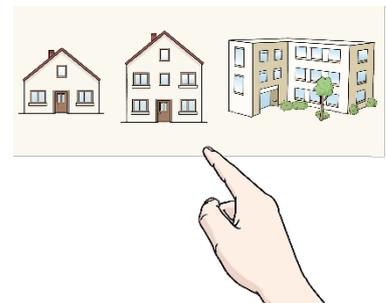
Deutschland muss die Rechte achten.

Einige Politiker und Politikerinnen wollen das Sozial-Gesetz-Buch 9 ändern.

Das verstößt gegen diese Menschen-Rechte:

- Alle Menschen sind gleich viel wert.
Jeder Mensch darf eigene Entscheidungen treffen.
Das steht in Artikel 3 von der UN-Behinderten-Rechts-Konvention.
Die Abkürzung ist **UN-BRK**.

- Menschen mit Behinderungen dürfen entscheiden,
wo sie wohnen möchten.
Menschen mit Behinderungen **müssen nicht**
im Wohnheim leben.



Das steht in Artikel 19 von der UN-BRK.

- In Artikel 19 steht auch:
Menschen mit Behinderung dürfen selbstbestimmt leben.
Menschen mit Behinderung dürfen überall mitmachen.
Sie bekommen die Hilfe,
die sie brauchen.

Zum Beispiel von einer persönlichen Assistenz.



- Menschen brauchen mehr als die Grund-Versorgung.

Eine **Grund-Versorgung** braucht man zum reinen Überleben.

Zum Beispiel Essen und Medizin.

Alle Menschen haben ein Recht auf ein **gutes** Leben.

Dafür braucht man auch zum Beispiel

- o eine Wohnung,
- o Geld und
- o Hilfsmittel für die Behinderung.

Alle Menschen haben ein Recht auf Schutz.

Vor allem Frauen und ältere Menschen.

Das steht in den Artikeln 19 und 28 von der UN-BRK.

- Menschen mit Behinderung dürfen **nicht** benachteiligt werden.

Der Staat muss sich für die Gleichbehandlung einsetzen.

Zum Beispiel:

- o mit Gesetzen
- o mit Sachen und Angeboten,
die das Leben einfacher machen.
Zum Beispiel Rampen.
- o Fachleute ausbilden

- Alle Menschen haben die gleichen Rechte.

Aber:

Manchmal braucht eine Person mehr Hilfe als andere.

Dann bekommt die Person mehr Hilfe als andere.

Das steht in den Artikeln 3 und 5 von der UN-BRK.

- Der Staat muss die Menschen-Rechte umsetzen.

Das heißt:

Der Staat muss die nötigen Regeln schaffen.



Und der Staat muss genug Geld geben.

Das steht im Artikel 4, Absatz 2,
und Artikel 5 von der UN-BRK.

- Alle Menschen sollen dem Staat vertrauen können.
Sonst steigen Angst und seelische Belastungen.
Das steht in Artikel 1, Absatz 19,
und im Vorwort von der UN-BRK.

Wir fordern: Menschen-Rechte stärken statt einschränken

Fürsorge ist vorbei.

Das ist gut so.

Wir dürfen **nicht** zur Fürsorge zurückkehren.

Alle sollen die Unterstützung bekommen,
die sie brauchen.

Menschen mit Behinderungen haben Rechte.

Sie brauchen **keine** Fürsorge.

Alle dürfen ihre Unterstützung frei wählen.

Egal, was man für die Teilhabe braucht.

Egal, wo man wohnt.

Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen.

Das Geld darf **nicht** im Mittelpunkt stehen.

Das Teilhabe-Recht muss bleiben,
wie es ist.

Wir dürfen die Richtlinien **nicht** ändern.

Die Richtlinien schützen Menschen mit Behinderungen.

So vertrauen alle dem Staat.



Wir müssen die persönliche Assistenz fördern.
Die Assistenz ist wichtig für die Selbstbestimmung.

Wir müssen die UN-Behinderten-Rechts-Konvention umsetzen.

Wir müssen tun,
was der UN-Fach-Ausschuss sagt.

Der **UN-Fach-Ausschuss** ist eine Gruppe.
In der Gruppe sind Experten und Expertinnen.
Sie prüfen jedes Land:



Wie wird die UN-Behinderten-Rechts-Konvention
umgesetzt?

Die Experten und Expertinnen empfehlen,
wie wir das Recht am besten umsetzen.

Egal, wie teuer es ist.

Denn Menschen-Rechte sind wichtiger als Geld.

Sind Sie Demokrat oder Demokratin?

Demokratie heißt:

Das Volk hat die Macht.

Alle haben die gleichen Rechte.

Finden Sie die Demokratie gut?

Dann sind Sie ein Demokrat oder eine Demokratin.

Daran sollen Demokraten und Demokratinnen
denken:

- Teilhabe kostet Geld.
Aber Teilhabe ist ein Recht.
Wir müssen uns an unsere Gesetze halten.
Das ist die Grundlage für unsere Demokratie.



- Rechtsextreme Menschen denken:
Menschen sind unterschiedlich viel wert.
Man darf Menschen ihre Rechte wegnehmen.
Demokraten und Demokratinnen
dürfen so **nicht** denken.
- Wir dürfen **nicht** denken wie
rechtsextreme Menschen.
Wir dürfen **nicht** sprechen wie
rechtsextreme Menschen.
Sonst machen wir rechtsextreme
Menschen stark.



Setzen wir uns gemeinsam ein:

- Für die Umsetzung von der
UN-Behinderten-Rechts-Konvention
- Für echte Teilhabe
- Für ein Leben in Würde für alle

Was können Sie tun?

- Sie können uns in den sozialen Medien folgen.
Der Hashtag ist:
#TeilhabelstKeinLuxus #TeilhabelstMenschenrecht.
Ein **Hashtag** ist ein Schlagwort.
Sie finden mit dem Schlagwort Beiträge in
sozialen Medien.
- Oder Sie folgen uns bei Instagram:
isl_ev und **krueppel_gegen_rechts**



Mehr Infos

Auf diesen Internet-Seiten gibt es mehr Infos.

Die Internet-Seiten sind in schwerer Sprache.

[Infos vom Bundes-Ministerium für Arbeit und Soziales über das Bundes-Teilhabe-Gesetz](#)

[Brief über Boris Palmer](#)

[Nachricht über Friedrich Merz](#)

[Forderung Politikern und Politikerinnen in Bayern](#)

In Leichter Sprache:

[Die UN-Behinderten-Rechts-Konvention in Leichter Sprache](#)

Wer unterstützt die Forderung?

Aktive Behinderte — Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V., Stuttgart

BiBeZ — Ganzheitliches Bildungs- und Beratungs-Zentrum zur Förderung und Integration behinderter/chronisch erkrankter Frauen und Mädchen e.V., Heidelberg-Bergheim

Autismus Selbstvertretung Bayern e.V., Mallersdorf-Pfaffenberg

ISL Landes-Verband Bayern e.V. – Geschäfts-Stelle c/o Phönix e.V., Regensburg

Phönix e.V., Regensburg

Verbund behinderter Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen e.V. — VbA, München

WüSL — Selbstbestimmtes Leben Würzburg e.V., Würzburg

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V. Erlangen — Beratung für Behinderte / Assistenz-Organisation, Erlangen

akse — aktiv und selbstbestimmt e.V., Berlin

Aspies e.V. – Menschen im Autismusspektrum, Berlin

Berliner Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V.
— BZSL, Berlin

Kellerkinder e.V., Berlin

Assistenz-Genossenschaft Bremen geG, Bremen

Selbstbestimmt Leben Bremen e.V., Bremen

Autonom Leben e.V., Hamburg

Mensch zuerst — Netzwerk People First Deutschland e.V., Kassel

SliN e.V. — Selbstbestimmt Leben in Nordhessen, Kassel

Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter — fab e.V., Kassel

Autonomie heißt Selbstbestimmung.

bbe e.V. – Bundes-Verband behinderter und chronisch kranker Eltern e.V.,
Hannover

Eltern-Assistenz e.V., Hannover

ISL Landes-Verband Niedersachsen, Hannover

Selbstbestimmt Leben Hannover e.V., Hannover

Zentrum Selbstbestimmt Leben — Lüneburger Heide e. V., Eschede

Zentrum für selbstbestimmtes Leben Köln, Köln

Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen (ZsL) Mainz
e.V., Mainz

ZsL Sachsen e.V., Zwickau

ZsL Nord e.V. — Zentrum für selbstbestimmtes Leben Norddeutschland,
Kiel

Bildungs- und Forschungs-Institut zum selbstbestimmten Leben
Behinderter — bifos e.V., Jena

ISL Landes-Verband Interessen-Vertretung Selbstbestimmt Leben in
Thüringen e.V., Jena

Jenaer Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V.
— JZsL, Jena

Berliner Behinderten-Verband e.V. (BBV), Berlin

Verein Lichtblicke e.V. — Interessen-Vertretung, Selbsthilfe- und
Verbraucherschutz-Organisation der Assistenzhunde-Führer in
Deutschland, München

ZSL Bad Kreuznach e.V., Bad Kreuznach

jumemb-Gruppe (bundesweite Selbstvertretung junger Menschen mit
Behinderungen)

ISL- Bundes-Geschäftsstelle

Berlin, 24. Juli 2025

Bilder: © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V., Illustrator Stefan
Albers